



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Jugendarmut bekämpfen und Jugendhilfe stärken IV – Ausbildungsgarantie einführen, assistierte Ausbildung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein verbindliches Konzept für eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen in Bayern als Mittel gegen Jugendarmut zu erstellen. Die Ausbildungsgarantie soll allen jungen Menschen, unabhängig von sozialer oder regionaler Herkunft, aufenthaltsrechtlichem Status oder konjunkturellen Schwankungen den Einstieg in die Berufswelt ermöglichen. Jugendliche, die zum Beginn des Ausbildungsjahres entgegen ihrem Wunsch noch nicht in einem Ausbildungsverhältnis stehen, sollen verbindliche Angebote für eine betriebsnahe Ausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte, die direkt zu einem anerkannten Berufsabschluss führt, erhalten. Zudem sollen die Möglichkeiten für eine assistierte Ausbildung in Bayern ausgebaut und diese insbesondere auch für landesrechtlich verfasste Ausbildungswege (z. B. Kinderpflege, Pflegefachhelferin bzw. -helfer, Altenpflegehelferin bzw. -helfer) geöffnet werden.

Begründung:

Die erfolgversprechendste und nachhaltigste Präventionsmaßnahme gegen (Jugend-)armut und gesellschaftlichen Ausschluss stellt eine anerkannte Berufsausbildung dar. Eine berufliche Qualifikation durch eine Ausbildung bietet einen Weg aus der Armut heraus. Um die Jugendarmut in Bayern zu bekämpfen, sollte deshalb der Zugang zu einer anerkannten Berufsausbildung jeder und jedem Jugendlichen geboten werden.

Im Frühjahr 2020 galten in Bayern 320 000 junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren als Betroffene von Jugendarmut. Diese Armutserfahrung bedeutet meist, ausgeschlossen oder abgehängt zu sein von kultureller Teilhabe, digitaler Bildung, dem Wohnungsmarkt oder auch dem Zugang zu Berufsausbildungen. Für Jugendliche, die von Armut betroffen sind oder die in ihrer Kindheit Armut erfahren haben, stellen Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt eine noch größere Herausforderung dar, als dies in normativen Bildungsbiographien der Fall ist. Eine geeignete Berufsausbildung oder eine Arbeitsstelle zu finden sind wesentliche Meilensteine, die im weiteren Lebensverlauf die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur persönlichen Weiterentwicklung und damit auch das Wohlergehen und die Gesundheit entscheidend beeinflussen. Deshalb sind politische Instrumente, die jungen Menschen den Einstieg in eine Ausbildung erleichtern, von besonderem Wert.

Es wird jedoch für viele Jugendliche zunehmend schwieriger, einen passenden Ausbildungsbetrieb zu finden. Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl von Betrieben, die keine Auszubildenden finden. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und

Energie berichtete im Oktober 2020, dass in Bayern 32 000 Lehrstellen unbesetzt geblieben sind. Diese paradoxe Situation entsteht insbesondere dadurch, dass viele Jugendliche nicht die Voraussetzungen erfüllen, die von Betrieben gefordert werden oder die vorhandenen Ausbildungsplätze für die suchenden Jugendlichen nicht erreichbar sind. Sei es, weil sie zu weit entfernt vom Wohnort der Eltern liegen und/oder eine eigene Wohnung an einem anderen Ort nicht finanziert werden kann. Wenn Jugendliche keine passende Ausbildung finden, kommen sie in den Übergangsbereich zwischen Schule und Ausbildung, in dem sie durch verschiedene Maßnahmen einzelne bisher versäumte Kompetenzen nachholen sollen, jedoch keinen Berufsabschluss erlangen. Das bedeutet, dass es in Bayern genügend Ausbildungsplätze gibt, jedoch die Vermittlung von Azubis an Unternehmen oftmals nicht funktioniert, insbesondere auch für sozial- und bildungsbenachteiligte Jugendliche.

Dieses Problem kann durch eine Ausbildungsgarantie gelöst werden: Jugendliche, die ausbildungsfähig sind, jedoch keine Ausbildung finden, würden ein staatlich garantiertes Ausbildungsangebot erhalten. Wenn der Arbeitsmarkt keine Ausbildungsstätte vorsehen kann, springt der Staat mit einer betriebsnahen Ausbildung ein. Die Investitionen, die in diese Ausbildungsgarantie fließen, würden nicht nur dafür sorgen, dass die Jugendarmut in Bayern verringert würde, zusätzlich können dadurch wertvolle Fachkräfte ausgebildet werden, die die bayerischen Unternehmen dringend benötigen. Die Ausbildungsgarantie fördert somit die soziale Gerechtigkeit und erhöht die Teilhabe zukünftiger Generationen. Sicherlich gilt es anzumerken, dass der Ausbildungsmarkt in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern gut aufgestellt ist. Den Jugendlichen, die von Jugendarmut betroffen sind und die Schwierigkeiten haben, eine Ausbildung zu finden, hilft dieser Vergleich jedoch nicht weiter. Vielmehr müssen endlich Maßnahmen ergriffen werden, um die Jugendarmut zu bekämpfen.

Assistierte Ausbildungen sind neben der Ausbildungsgarantie eine besondere Chance für benachteiligte Jugendliche, in Betrieben und in der Berufsschule bestehen zu können. Dadurch können Ausbildungsabbrüche gezielt verhindert werden. Zudem bieten assistierte Ausbildungen auch geflüchteten Jugendlichen wertvolle Unterstützung auf dem Weg ins Berufsleben. Aus diesem Grund sollten die bereits bestehenden Angebote weiter ausgebaut und insbesondere landesrechtlich verfasste Ausbildungswege – wie beispielsweise die Alten- und Kinderpflege – für die assistierte Ausbildung geöffnet werden.